

## Hauptschul-Schließung manipuliert?

*Vor der Entscheidung, den Hauptschulzweig zu schließen, seien den Eltern bewusst Informationen vorenthalten worden, kritisieren FDP-Politiker.*

**Großhansdorf/rob** – Wurde der Beschluss zur Schließung des Hauptschulzweigs in Großhansdorf manipuliert? Diesen Verdacht hegen Hans-Karl Limberg (Großhansdorf) und Ekkehard Heinbockel (Siek), Vertreter der FDP im Schulverband Großhansdorf-Hoisdorf-Siek, auch wenn die Schulkonferenz der GHS gerade die Schließung akzeptiert hat.

Limberg und Heinbockel hatten kritisiert, dass die Betroffenen vor der Mai-Sitzung nicht darüber informiert worden seien, dass es um die Schließung der Hauptschule gehen würde. Den Mitgliedern der Verbandsversammlung war der Sachverhalt bekannt. Die Öffentlichkeit, so Sven Gruß, Leiter des Großhansdorfer Schulamts, hätte aus

Zeitungsartikeln wissen können, dass der Hauptschulzweig gefährdet sei.

In der entscheidenden Sitzung waren denn auch keine Eltern anwesend. Der ausgebliebene Protest gegen eine Schließung wurde als nicht vorhandenes Interesse der Eltern interpretiert. Die „wütenden Proteste betroffener Eltern“ seien dafür nach dem Beschluss bei den FDP-Vertretern angekommen.

Limberg: „Das hat mir die Erkenntnis beschert, dass mit dem Verschweigen entscheidungsre-

levanten Fakten der Beschluss zur Schließung des Hauptschulzweigs manipuliert wurde.“ Zweiter Kritikpunkt von Limberg und Heinbockel: Dass die Schulkonferenz nicht beteiligt wurde. Laut Gesetz, so Großhansdorfs Bürgermeister Janhinnerk Voß, müsse die Konferenz nicht beteiligt, sondern nur angehört werden. Und das sei erst

nach konkreten Beschlüssen möglich. Für Limberg ist das unlogisch und nicht nachvollziehbar: „Ich habe den Eindruck, dass man die Eltern nicht mit ins Boot holen wollte.“ Seine Forderung: Die „autoritäre Nacht- und Nebel-Aktion über die Köpfe der Betroffenen hinweg“ müsse wieder auf die Tagesordnung, wenn das

neue Schulgesetz verabschiedet sei.

In eine ähnliche Richtung geht auch die Stellungnahme der Schulkonferenz. Die hat den Beschluss des Verbands „im Sinne von

Klarheit für alle Beteiligten“ begrüßt und bietet die Beteiligung an einer Arbeitsgruppe über die Zukunft der Hauptschüler an. Schließlich werde das neue Schulgesetz Gemeinschaftsschulen vorsehen. Dazu bräuchte man allerdings Kooperationspartner, zum Beispiel die Realschule. Die habe ein Zusammengehen aber bisher abgelehnt.

---

**„Ich habe den Eindruck, dass man die Eltern nicht mit ins Boot holen wollte.“**

Hans-Karl Limberg

---